EUROPA IM WANDEL – ZEIT ZU HANDELN!

Europapolitische Positionen
der NRWSPD zur Europawahl 2019

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort ..... 4 – 5

EUROPA IM WANDEL – ZEIT ZU HANDELN! ..... 6 – 7

FÜR EIN SOZIALES EUROPA ..... 7 – 9

Soziale Sicherheit stärkt Europa ..... 9 – 10

Wir bauen das soziale Europa ..... 10 – 11

Für ein Europa der guten Arbeit 12

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen ..... 12 – 13

Mitbestimmung und Sozialen Dialog stärken ..... 13 – 14

Steuergerechtigkeit – nicht irgendein Schlagwort, sondern ein klares Ziel! ..... 14 – 16

Neustart in der Wirtschaftspolitik ..... 16 – 17

FÜR EIN ZUKUNFTSFESTES EUROPA DER ZUKUNFTSFÄHIGEN INDUSTRIE, DER WISSENSCHAFT, DER NACHHALTIGKEIT UND DES KLIMASCHUTZES 18

Industriepolitik ist Innovationspolitik ist Klimapolitik ..... 18 – 21

Wissen schafft Zukunft ..... 21 – 23

Für eine zukunftsgerechte Klima- und Energiepolitik ..... 24 – 25

Für eine nachhaltige, europäische Verkehrs- und Mobilitätspolitik ..... 25 – 27

Für eine faire Handelspolitik ..... 27 – 28

Für ein Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt ..... 29 – 30

FÜR EIN EUROPA DES FRIEDENS, DER DEMOKRATIE,
DER KOMMUNEN UND DER BÜRGER- UND MENSCHENRECHTE ..... 31 – 33

Vielfältige Medien und unabhängiger Journalismus 33

Entwicklungspolitik ..... 33 – 34

Für ein geeintes Europa ..... 35 – 36

Strukturen weiter demokratisieren ..... 36 – 37

Bürgernähe stärken, Kommunen stärken 37

Kommunalen Handlungsspielraum wahren und ausbauen 38

Bürger- und Menschenrechte verteidigen ..... 38 – 39

Gleichstellungsrechte europaweit durchsetzen! ..... 39 – 41

Ein Europa für alle: Wir sind eine Integrationsgesellschaft ..... 42 – 43

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

die kommende Europawahl ist die beste Gelegenheit, um zu zeigen:
Die großartige Idee Europa lässt sich nicht spalten.
Es ist die Idee von Frieden, Freiheit und Vielfalt.
Für uns ist diese Idee Wirklichkeit geworden.
Wir leben nicht nur in Europa, wir leben Europa.

Brexit, Trump, Nazi-Demos – die Schlagzeilen haben sich in den vergangenen Jahren zu oft um genau die Nationalisten und Egomanen gedreht, die uns mit Angstmacherei und schlechter Laune nach Freund und Feind unterteilen wollen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten ihnen entschlossen und mit Zuversicht entgegen.

Dialog und Verständigung, Herausforderungen gemeinsam meistern – das zeichnet unser Zusammenleben in Europa seit Jahrzehnten aus. Eng damit verbunden ist auch unsere Verantwortung, kriegerische Auseinandersetzungen – die über Jahrhunderte das Verhältnis der europäischen Nationalstaaten prägten – für alle Zeit zu einem Fall für die Geschichtsbücher zu machen.

Klar ist aber auch: In der Europäischen Union läuft nicht alles optimal und es bleibt viel zu tun. In manchen Regionen haben vor allem jungen Menschen oft keine Perspektive, Arbeit zu finden. Viele Menschen wünschen sich mehr Demokratie durch ein starkes Europaparlament, auch weil die Gipfelpolitik der vergangenen Jahre immer unverständlicher wurde. Die EU muss sich noch mehr für die Rechte und die Freiheiten ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzen und für diejenigen da sein, die sich ihr Glück im Leben hart erarbeiten. Europa ist mehr als eine Freihandelszone. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – für diese Grundwerte steht die Sozialdemokratie europaweit bei der Wahl im Mai 2019 wie keine andere Partei ein.

Europa befindet sich im Wandel. Es ist Zeit zu handeln. Die NRWSPD gibt mit ihren europapolitischen Positionen, die sie auf ihrem Landesparteirat am 22. September 2018 beschlossen hat, überzeugende Antworten. Wir danken unserem Arbeitskreis Europa, der sich dazu in den vergangenen Monaten viele Gedanken gemacht, für seine hervorragende Arbeit, die sich in dieser kurzweiligen Broschüre niederschlägt.

Wir in der NRWSPD freuen uns über das gemeinsame Gespräch
über diese Ideen in den kommenden Wochen.

Es grüßen herzlich,

Sebastian Hartmann
Landesvorsitzender der NRWSPD

Nadja Lüders
Generalsekretärin der NRWSPD

EUROPA IM WANDEL – ZEIT ZU HANDELN!

Frieden sichern, Chancen nutzen, Zukunft fair gestalten

Es sind stürmische Zeiten für Europa. Nationalisten und Populisten kämpfen darum, die europäische Einigung weichzuspülen oder abzuwickeln. Dem stellen wir uns mit aller Kraft entgegen. Wir sind überzeugt: Die Europäische Union wird aus dem aktuellen Sturm stärker hervorgehen als je zuvor. Dafür kämpfen wir.

Le Nationalisme, c'est la guerre – Nationalismus bedeutet Krieg! Dieser berühmte Ausspruch des ehemaligen französischen Staatspräsidenten François Mitterand gilt nach wie vor. Die Gründungsväter und -mütter Europas hatten unmittelbar vor Augen, was Nationalismus und Faschismus anrichtet: Tod, Leid, Hass und Zerstörung waren in den Köpfen und im täglichen Leben der Menschen wenige Jahre nach dem zweiten Weltkrieg noch allgegenwärtig. Es brauchte Mut und Weitsicht, um die akuten Probleme wie Hunger, den Wiederaufbau der Infrastruktur oder die Kontrolle kriegswichtiger Güter gemeinsam anzugehen und so den Grundstein für ein dauerhaft friedliches Europa zu legen.

Im Laufe der Jahre nahm die Zahl der Mitgliedstaaten genauso zu wie die gemeinsam gemeisterten Herausforderungen. Von der Agrarpolitik über die Vergemeinschaftung von Kohle und Stahl bis zu einem Binnenmarkt ohne Grenzen, mit gemeinsamen Standards von Lissabon bis Riga, von Dublin bis Sofia ist die europäische Einigung eine große Erfolgsgeschichte. Krisen waren dabei ein dauerhafter Begleiter. Doch aus jeder Krise ist Europa gestärkt hervorgegangen und hat bewiesen, dass die Probleme von morgen nur gemeinsam auf europäischer Ebene gelöst werden können. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass nationaler Egoismus und politischer Kleinmut ins Verderben führen. Auch heute braucht es wieder Mut und Weitsicht. Unsere Antwort auf viele Fragen unserer Zeit heißt Europa, das auch aus dieser Krise gestärkt hervorgehen wird.

Damit dies gelingt, wird Europa sich jedoch wandeln müssen. Punktuelle Weiterentwicklungen werden dabei neben echten Umbrüchen stehen. Wir wollen ein Europa, das das Leben der Menschen besser macht. „Mehr Europa" ist dabei für uns weder Selbstzweck noch als Ziel allein erstrebenswert. Wir wollen ein demokratisches, soziales, den Bürger- und Menschenrechten verpflichtetes Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt, Globalisierung und Digitalisierung

gestaltet, Frieden und nachhaltige Entwicklung in den Mittelpunkt stellt und Menschen vor Profite setzt. Wir wollen ein Europa, das den brandgefährlichen Verrücktheiten aktueller Weltpolitik entschieden entgegentritt und dessen Antwort auf „America first“ „Europe united“ lautet. Kurzum: Wir wollen mehr Europa, wir wollen ein besseres Europa, wir wollen ein sozialdemokratischeres Europa.

FÜR EIN SOZIALES EUROPA

Die Europäische Union hat an Strahlkraft eingebüßt. Ein Grund dafür liegt sicherlich in dem nur teilweise eingelösten Wohlstandsversprechen. Europa hat sich zu lange auf die Schaffung eines möglichst großen Binnenmarktes konzentriert, ohne die negativen Folgen dieses Marktes und seines Regelwerkes auf die Menschen zu berücksichtigen. Neben vielen Gewinnern gab es eben auch viele Verlierer dieser Marktschaffung.

Die Finanzkrise und die in ihrer Folge durchgesetzte Austeritätspolitik haben ebenfalls dazu beigetragen, die wirtschaftliche und soziale Spaltung sowohl zwischen den Staaten als auch innerhalb der Gesellschaften zu vertiefen. Die Beschneidung sozialer Sicherungssysteme oder die Zerschlagung staatlicher Unterstützungsstrukturen haben die Folgen der Krise verschärft und sie insbesondere

auf diejenigen abgewälzt, die mit ihrer Entstehung nichts zu tun hatten. Horrende Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit oder der Zuwachs an prekärer Beschäftigung und Armut in einer der reichsten Regionen der Erde sind für uns absolut inakzeptabel. Um diese Zustände zu bekämpfen, brauchen wir neben einem Umdenken in der Finanz- und Wirtschaftspolitik echte Fortschritte auf dem Weg zu einem sozialen Europa.

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist für uns die zentrale Grundfreiheit in den Europäischen Verträgen. Immer mehr Menschen, insbesondere aus dem Osten und Süden Europas, werden jedoch durch Armut und Elend dazu gezwungen, in andere Mitgliedstaaten auszuwandern. Nur, wenn wir auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im Süden und Osten Europas verbessern, werden wir mittelfristig der erzwungenen Migration etwas entgegensetzten. Wir wollen daher sie sozialen Sicherungssysteme in allen Mitgliedstaaten verbessern und durch fairen Wettbewerb, der sich nicht an den niedrigsten Lohnraten orientiert, sicherstellen, dass sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Europäer nach oben hin angleichen.

Dabei hat Europa das Potenzial, in einer immer globalisierter werdenden Welt als Bollwerk gegen die ungewollten Verwerfungen der Globalisierung wahrgenommen zu werden. Wir sind uns sicher, ein solches Europa, ein Europa, das die sozialen Bedürfnisse der Menschen, die in ihm wohnen, ernst nimmt, muss sich um seine Zukunft keine Sorgen machen. Wir streiten für ein Europa, das von seinen Bürgerinnen und Bürgern als gesellschaftliche Gestaltungsmacht in Zeiten weltweiten Wettbewerbs wahrgenommen wird. Für ein Europa, das stark genug ist, das Primat der Politik gegen globalisierte Märkte und weltweit agierende Unternehmen durchzusetzen. Sicher leben umfasst neben den vielen Bereichen der sozialen Sicherheit und der öffentlichen Daseinsvorsorge auch den Schutz vor Kriminalität und Terrorismus als öffentliche Aufgabe. Angesichts der immer häufiger grenzüberschreitenden Dimension von organisierter Kriminalität und Terrorismus, einschließlich extremistischer Anschläge, wächst auch die Bedeutung der Zusammenarbeit mit Europol und Eurojust, die effektive Nutzung gemeinsamer europäischer Datenbanken sowie die Stärkung gemeinsamer Ermittlungsteams. Dabei nehmen wir auch die Wirtschafts-, Steuer- und Umweltkriminalität in den Fokus. Darüber hinaus brauchen wir einheitliche Standards bei den Hilfen für die Opfer von Straftaten. Prävention und Deradikalisierung sind dabei nicht

allein polizeiliche sondern gesellschaftliche Aufgaben. Unser Ziel der Vereinigten Staaten von Europa ist dabei untrennbar mit dem Kampf um ein soziales und sicheres, ein freies und demokratisches Europa verbunden.

Soziale Sicherheit stärkt Europa

Trotz ihres sperrigen Titels kann die beim EU-Sozialgipfel in Göteborg feierlich proklamierte Säule von sozialen Rechten als ein erster maßgeblicher Schritt in die richtige Richtung betrachtet werden. Allerdings müssen wir feststellen, dass die dort festgeschriebenen Prinzipien ihre volle Wirkung nur entfalten können, wenn sie eben nicht unverbindlich und im Ungefähren bleiben. Vielmehr müssen sie jetzt mit Leben gefüllt werden. Deshalb setzten wir uns dafür ein, die soziale Säule mit rechtsverbindlichen Maßnahmen und der entsprechenden finanziellen Ausstattung im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 umzusetzen und für alle erfahrbar zu machen.

Alle Menschen in Europa müssen unabhängig von ihrer Nationalität Anspruch auf die Leistungen und den Schutz eines hochentwickelten Sozialstaats besitzen. Soziale Sicherheit, ein hohes Bildungsniveau, individuelle Freiheiten und Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind die Voraussetzungen für die Innovationskraft Europas – unserer großen Stärke im globalen Wettbewerb. Wir setzen uns deshalb für Mindeststandards in der sozialen Sicherung durch eine Rahmenrichtlinie für ein adäquates europäisches Mindesteinkommen sowie einen gesetzlichen Rahmen für Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung ein.

Darüber hinaus streiten wir für eine europäisch abgesicherte Arbeitsversicherung, die dem Grundsatz Rechnung trägt, dass Menschen zur Veränderung bereit sind, solange ihre Sicherheit nicht gefährdet wird. Diese soll Menschen auch in Phasen der Weiterbildung und Qualifizierung absichern und sie so dazu ermutigen, die Angebote wahrzunehmen und einzufordern. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung muss lebenslanges Lernen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer problemlos verfügbaren Selbstverständlichkeit des beruflichen Lebenswegs werden.

Ein soziales Europa ist somit ein Element der Zukunftsfähigkeit unseres Kontinents. Mehr noch: Es hat auch das Potenzial, zu einem weltweiten Vorbild für

die Vereinbarkeit und gegenseitige Abhängigkeit von internationaler politischer sowie ökonomischer Stärke und einem hochentwickelten Sozialstaat zu werden. In Europa wird es sich entscheiden, ob ein hohes Sozialniveau weiterhin und zunehmend als Ballast im globalen Wettbewerb interpretiert wird oder ob sich weltweit die Erkenntnis durchsetzt, dass die sozialen Errungenschaften seit der industriellen Revolution nicht bloß ein Zwischenspiel in der Menschheitsgeschichte, sondern ein bedeutender und nachhaltiger Schritt in ihrer Entwicklung sind.

Wir bauen das soziale Europa

Ein europäischer Sozialpakt ist ein zentraler Baustein, um die soziale Dimension Europas zu stärken: Europa soll die Mitgliedstaaten zu einem festen Mindestmaß an sozialen Standards, jeweils in Relation zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Landes, verbindlich verpflichten dürfen. Ausgaben für Bildung, Armutsbekämpfung und allgemein soziale Belange werden prozentual zur Wirtschaftskraft festgelegt, was dazu führt, dass diese bei wirtschaftlichem Fortschritt mitwachsen.

Ein europäischer Rahmen für armutsfeste Mindestlöhne in jedem Mitgliedstaat trägt dazu bei, Lohndumping und ausbeuterische Arbeitsverhältnisse einzudämmen.

Eine europäische Arbeitslosenrückversicherung als automatischer Stabilisator kann dazu beitragen, langfristig schädliche wirtschaftliche Ungleichgewichte zu mindern, Lasten gerechter zu verteilen, Sozialsysteme krisenfester zu machen und Europa volkswirtschaftlich zu stabilisieren.

Dank der europäischen Sozialdemokratie sind wir in der letzten Legislaturperiode mit der Revision der Entsenderichtlinie dem Prinzip „gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort“ einen großen Schritt näher gekommen. Trotz des gegen konservativ-liberale Kräfte hart errungenen Kompromisses bleibt noch viel zu tun. Für uns ist und bleibt dieses Prinzip die zentrale Richtschnur für unsere Europapolitik. Wir werden alle Gesetzgebungsvorhaben daran messen, ob sie dazu beitragen, diesem Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen oder nicht!

Um grenzüberschreitendem Lohn- und Sozialdumping Einhalt zu gebieten, wollen wir die Europäische Arbeitsbehörde mit echten Kontrollbefugnissen ausstatten. Zudem wollen wir mit der Einführung einer Europäischen Sozialversicherungsnummer und einem damit verbundenen elektronischen Sozialversicherungsregister den Kontrollbehörden vor Ort endlich die Instrumente an die Hand geben, um Sozialversicherungsmissbrauch- und betrug wirksam zu bekämpfen.

Zu oft wurde in der Vergangenheit den vier vorwiegend wirtschaftlichen Grundfreiheiten ein höheres Gewicht eingeräumt als den in der Grundrechtecharta verbrieften sozialen Grundrechten. Wir werden uns für ein soziales Fortschrittsprotokoll in den Verträgen einsetzen. Politisches Ziel muss sein, dass die sozialen Grundrechte im Konfliktfall Vorrang vor den Grundfreiheiten genießen.

Dazu gehört auch, die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern und zu fördern. Jeder und jede muss gleichberechtigten, solidarischen und räumlich nahen Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen haben. Dazu zählen wir insbesondere den Zugang zu Wasser und bezahlbarem Wohnraum. Bei der Erbringung dieser Dienstleitungen müssen Gemeinwohlinteressen Vorrang vor Profitinteressen haben. Dazu müssen die EU-Vergaberegeln künftig ökologische und soziale Standards deutlich stärker gewichten. Die Direktvergabe einzelner Leistungen muss möglich sein. Die Möglichkeit interkommunaler Zusammenarbeit und Inhousevergaben sind innerstaatliches Handeln und somit aus dem Wettbewerb des Binnenmarktes herauszuhalten.

Darüber hinaus wollen wir den Prozess zum Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtscharta und die damit einhergehende Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte als letzte Instanz beschleunigen.

Seine Rechte kann Mann oder Frau nur geltend machen, wenn er oder sie diese auch kennt. Daher wollen wir Beratungs- und Informationsangebote für grenzüberschreitende mobile Beschäftigte fördern. Dazu gehört die Stärkung der EURES-Grenzpartnerschaften oder die dauerhafte finanzielle Sicherung von Beratungsangeboten wie sie beispielsweise der DGB im Projekt „Faire Mobilität“ sicherstellt.

Für ein Europa der guten Arbeit

Die Arbeitswelt ist im Wandel: Digitalisierung, Globalisierung, veränderte Anforderungen an Flexibilität und Qualifikation sind nur einige der Herausforderungen, vor denen immer mehr Menschen stehen. Wir sind entschlossen, diesen Wandel im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu gestalten. Arbeitszeit darf uns in Zeiten digitaler Vernetzung und ständiger Erreichbarkeit nicht entgleisen, sondern bedarf der klaren Abgrenzung vom Privatleben, nur mit einer klaren Regulierung hierzu gibt es eine bessere Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf. Wir setzen uns für eine EU-weite sozial- und arbeitsrechtliche Regulierung der sogenannten Plattformökonomie ein. Uber, Deliveroo und Co. müssen ihrer Arbeitgeberrolle endlich gerecht werden.

Wir wollen die Situation von Solo-Selbstständigen durch europaweite Mindestvergütungsstandards, das bedeutet auch eine Mindestausbildungsvergütung, und eine Möglichkeit gemeinsamer Absprachen gegen Unterbietungskonkurrenz verbessern. Ausnahmeregelungen im Wettbewerbsrecht sollen das Machtgefälle zwischen Auftraggebern und -nehmern in Betracht ziehen.

Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen

Wie gefährlich der soziale Sprengstoff ist, der aus Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit entstehen kann, wissen wir in Deutschland nur allzu gut. Vor allem in Südeuropa und besonders mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit sind wir nicht länger bereit, die aktuellen Verhältnisse weiter hinzunehmen. Wenn für Banken in kurzer Zeit milliardenschwere Hilfsprogramme aufgelegt werden konnten, so ist das auch für die Jugend Europas möglich. Wir fordern daher ein Sofortprogramm, das jedem Jugendlichen unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz garantiert und damit eine berufliche Perspektive eröffnet. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel reichen bei weitem nicht aus. Wir wollen die Mittel für die Jugendausbildungsgarantie auf 60 Milliarden Euro aufstocken.

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die Basis für die Zukunftsfähigkeit Europas. Wir wollen die duale Ausbildung auch in Europa stärken. Dafür ist eine Verständigung über Mindeststandards für eine moderne Berufsausbildung notwendig. Diese beinhalten die Ausbildungsdauer für das Erlernen eines Berufes, Lernortkoope-

ration zwischen Betrieb und Berufsschule und einen abgesicherten rechtlichen Status der Auszubildenden. Die Verknüpfung einer mehrjährigen schulischen und betrieblichen Ausbildung ist unabdingbar! Die Unternehmen müssen ihrer Verantwortung gegenüber den Auszubildenden nachkommen und die Arbeitsbedingungen müssen in einem Arbeitsvertrag festgehalten werden. Für die Akzeptanz und Attraktivität moderner Berufsbildungssysteme ist die Einbeziehung von Sozialpartnern, Einrichtungen der beruflichen Bildung und Wissenschaft in einen Berufsbildungsdialog unerlässlich.

Europäische Bildungspolitik darf sich aber nicht ausschließlich auf Wettbewerbs- und Beschäftigungsfähigkeit beschränken. Europa ist darauf angewiesen, dass seine Bürgerinnen und Bürger nicht allein beruflich erfolgreich sind, sondern Bedingungen geschaffen werden, dass sie sich auch politisch, gesellschaftlich und kulturell an der Gestaltung des gemeinsamen demokratischen Ganzen beteiligen können. Wir setzen uns daher dafür ein, dass ein ganzheitlicher und nachhaltiger Bildungsbegriff etabliert wird, damit demokratische Bildung, die Fähigkeit mit den unterschiedlichen Menschen friedlich zusammen zu leben und die Vermittlung europäischer Werte als zentrale Handlungsfelder einbezogen werden.

Mitbestimmung und sozialen Dialog stärken

Die Mitbestimmung im Betrieb und im Aufsichtsrat ist ein Erfolgsmodell. In allen Mitgliedstaaten gibt es Elemente der Mitbestimmung in unterschiedlicher Ausprägung. Diese gilt es zu stärken und auszubauen. Arbeitnehmer müssen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen im europäischen Kontext stärker als bisher vertreten zu können. Unternehmen nutzen europäisches Gesellschaftsrecht mehr und mehr als Hebel, die Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmern einzufrieren oder ganz zu umgehen. Diesem Trend werden wir uns entschieden entgegenstellen!

Wir fordern eine Rahmenrichtlinie zur Mitbestimmung, die die bestehenden Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten schützt und hohe Standards zur Unterrichtung und Anhörung setzt. Zudem soll sie Mindeststandards für europäische Rechtsformen wie die Europäische Aktiengesellschaft oder die Europäische Genossenschaft setzen und bei allen aus der Anwendung europäischen Gesellschaftsrechts resultierenden Rechtsformen gelten. Nur so kann sicherge-

stellt werden, dass europäisches Recht nicht missbraucht wird, um sich der Unternehmensmitbestimmung zu entziehen.

Um die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa vollständig zu verwirklichen, müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre Interessen auch in den Betrieben europaweit vertreten können. Daher ist die Verbesserung der Arbeit von Europäischen Betriebsräten (EBR) ein unverzichtbarer Baustein zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte. Auch Auszubildende in multinationalen Konzernen müssen in ihrem Recht auf konzernweiten Austausch und Interessenvertretung gestärkt werden. Wir fordern deshalb die Gründung von europaweiten Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Wir wollen die Rechte der vielen engagierten europäischen Betriebsräte in Europa durch eine Revision der Europäischen Betriebsräterichtlinie maßgeblich verbessern.

Schließlich muss der soziale Dialog auf der europäischen Ebene gestärkt werden. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften müssen als Sozialpartner direkter und umfassender als bisher in die Entwicklung und Umsetzung der europäischen Politik einbezogen und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Die Kommission muss ihren Widerstand gegen die von Arbeitgebern und Gewerkschaften verhandelten Sozialpartnerabkommen, wie beispielsweise im Friseurhandwerk, aufgeben.

Steuergerechtigkeit – nicht irgendein Schlagwort, sondern ein klares Ziel!

Steuereinnahmen sind für den Staat überlebenswichtig. Ohne Steuereinnahmen kann eine öffentliche Daseinsfürsorge, kann eine funktionierende Infrastruktur, können Schulen, Kindergärten oder Krankenhäuser nicht finanziert, erhalten bzw. modernisiert werden.

Bei Bürgern wie Unternehmen ist die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und Steuern zu zahlen, bisweilen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Insbesondere Menschen mit größeren Vermögen und international tätige Konzerne mit Erträgen im Millionen- bzw. Milliardenbereich sind teilweise beständig auf der Suche nach Möglichkeiten, legal oder auch illegal Steuern zu vermeiden oder zu hinterziehen. Im Zuge der Veröffentlichungen im Rahmen der LuxLeaks, Panama Papers und Co. gerieten zahlreiche Menschen und Unternehmen sowie deren

Beratungsfirmen in den Fokus der Öffentlichkeit. Nachdem im Europäischen Parlament bereits in diversen Sonderausschüssen (TAX1, TAX2 und PANA) diese Thematik zusammen mit engagierten Journalisten und NGOs bearbeitet wurde, ist es derzeit der Sonderausschuss Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (TAX3), in dem sich insbesondere die Sozialdemokratischen Mitglieder gegen Finanzkriminalität, Steuervermeidung und Geldwäsche engagieren.

Der Druck des Europäischen Parlaments auf diese Menschen, diese international tätigen Milliardenkonzerne und Länder, die hiervon seit vielen Jahren profitieren, dieser Druck ist groß und muss in den kommenden Jahren noch größer werden! Hier geht es schlicht um Verantwortung! Hier geht es um Konzerne, die weltweit tätig sind, weltweit erhebliche Gewinne erzielen und diese dann in Steuerparadiesen innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zu geringsten Steuersätzen versteuern. Diese Steuerparadiese bieten individuelle Steuersparmodelle, die weder normalen Lohnsteuerpflichtigen noch mittelständischen Unternehmen mit lokalem Betätigungsfeld zu Verfügung stehen. Dass sich vermögende Menschen und große Konzerne auf derartige Weise ihrer Verantwortung entziehen können, ist in höchstem Maße ungerecht und ein Schlag ins Gesicht jedes ehrlichen Steuerzahlers.

Daher lauten unsere konkreten Vorschläge:

- Einführung einer gemeinsamen, konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage für alle körperschaftssteuerpflichtigen Unternehmen in der Europäischen Union mit einem Mindeststeuersatz von 25 Prozent;
- Umsetzung der Digitalbesteuerung, d. h. eine Besteuerung von international tätigen digitalen Konzernen wie beispielsweise Facebook und Google mit dem Ziel, dass diese dort ihre Gewinne versteuern, wo sie sie erwirtschaften;
- Die Einführung einer länderspezifischen Berichterstattung von multinationalen Unternehmen. Starbucks und Co. müssen endlich transparent offenlegen, welche Gewinne sie in welchen Ländern erzielen. Nur so kann eine gerechte Besteuerung sichergestellt werden;
- Einführung einer endgültigen Umsatzsteuergesetzgebung für die gesamte EU, die neben der Bemühung um Vereinfachung des Steuerrechts die richtigen Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung vorsieht;

- Einführung einer umfangreichen Finanztransaktionssteuer;
- Die Einführung einer Quellensteuer, die von den EU-Mitgliedstaaten auf alle Zahlungen von Zinsen, Dividenden, Leasingraten, Lizenz- und Managementgebühren in Niedrigsteuerländern erhoben wird. Die Zins- und Lizenzrichtlinie und die Mutter-Tochter-Richtlinie wollen wir so ändern, dass Steuerumgehungsmodelle unattraktiv werden;
- Verbesserung der Zusammenarbeit von nationalen Steuer-, Zoll-, Strafverfolgungs- und Betrugsbekämpfungsbehörden untereinander und mit den international tätigen Behörden OLAF (Betrugsbekämpfung der Europäischen Kommission), Europol und Interpol.

Diese Vorschläge sind teilweise bereits im Europäischen Parlament beschlossen worden, teilweise noch nicht. Die Verhandlungen über alle diese Vorschläge im Bereich Steuern erfolgen auf Ebene der Mitgliedstaaten im Rat. Hier müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das laute Sprachrohr aller Menschen sein, denen diese unfairen Steuerpraktiken ein Dorn im Auge sind und die dies ändern wollen!

Neustart in der Wirtschaftspolitik

Parallel brauchen wir aber auch einen Neustart in der Wirtschaftspolitik. Wir sind überzeugt: Wer morgen ernten will, muss heute säen. Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder Forschung und Entwicklung sind der Humus, auf dem der wirtschaftliche Erfolg Europas wächst. Die in Folge der Finanzkrise etablierte Austeritätspolitik, die an vielen Stellen langfristig sinnvolle Investitionen zugunsten einer kurzsichtigen, einseitig rigiden Haushaltspolitik verhindert, lehnen wir ab. Dabei sind nicht nur die langfristigen ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen einer solchen Politik verheerend, ihre Begründung hält auch keinem Faktencheck stand: Viele der Krisenländer waren mit Blick auf ihren Staatshaushalt regelrechte Musterschüler und haben zum Teil sogar Überschüsse erwirtschaftet.

Als volkswirtschaftlich fatal haben sich vielmehr die massiven Ungleichgewichte innerhalb des gemeinsamen Binnenmarktes erwiesen. Ein System mit gemeinsamer Währung, in dem einige stetig mehr exportieren als importieren und es

bei anderen folglich dauerhaft umgekehrt ist, kann langfristig nicht stabil sein. Ein fairer Wettbewerb liegt hier im Interesse aller. Wir sind überzeugt, dass eine stärkere Koordinierung der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Fiskalpolitiken durch eine europäische Wirtschaftsregierung unter Führung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers sinnvoll und notwendig ist, um Europa langfristig auf Kurs zu bringen und zu halten.

Wir halten zudem automatische Stabilisierungsmechanismen für sinnvoll, um Handelsungleichgewichte effektiv einzudämmen. Ähnlich wie bei den Maastricht-Kriterien sollte die Kommission hier mit Eingriffsrechten ausgestattet werden, deren Nutzung nicht von einem einstimmigen Votum der Mitgliedstaaten abhängen darf. Ein eigenes Budget für die Euro-Zone zum Abbau von Ungleichgewichten und zum Abfedern von konjunkturellen Schwankungen, gemeinsame Instrumente der staatlichen Investitionsfinanzierung, eine europäische Arbeitslosenrückversicherung sowie gemeinsame Standards in der Finanzmarktregulierung und Steuerpolitik tragen ebenfalls dazu bei, den europäischen Wirtschaftsraum zu stabilisieren, ihn krisenfester und zukunftsfähig zu machen. Den Europäischen Stabilitätsmechanismus werden wir zudem zu einem Europäischen Währungsfonds ausbauen.

Unser Ziel sind nachhaltige und stabile Finanzmärkte, die der gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dienen. Wir stehen für eine europäische Kapitalmarktunion, die eine effektive Finanzierung der Realwirtschaft unterstützt und gleichzeitig regionale und lokale Besonderheiten berücksichtigt. Wir führen eine Finanztransaktionssteuer zur gerechten Beteiligung der Finanzwirtschaft an gesellschaftlichen Aufgaben ein und fordern ein Verbot von Finanzprodukten ohne gesellschaftlichen Mehrwert, zum Beispiel des Hochfrequenzhandels.

Wir setzen uns auf europäischer und internationaler Ebene für höhere Eigenkapitalanforderungen ein und werden Maßnahmen ergreifen, damit Finanzinstitute sich aufgrund ihrer Größe und Vernetzung nicht dem Primat der Politik entziehen oder „Too Big To Fail" werden und sich ihrer Rettung mit Steuergeld sicher sein können, zum Beispiel mittels einer effektiven Fusionskontrolle. Gleichzeitig streben wir eine deutliche Vereinfachung der Finanzmarktregulierung und eine Stärkung des Verbraucherschutzes in diesem Wirtschaftszweig an.

FÜR EIN ZUKUNFTSFESTES EUROPA

der zukunftsfähigen Industrie, der Wissenschaft, der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes

Zukunftsorientierte und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist ein Grundpfeiler einer auch in Zukunft starken, geeinten und von seinen Bürgerinnen und Bürgern getragenen Europäischen Union. Erfolg lässt sich dabei zwar auch, aber nicht ausschließlich an Wachstumsraten oder Unternehmensgewinnen ablesen. Wir kämpfen für eine starke Wirtschaft, die global wettbewerbsfähig und hochinnovativ ist, die Digitalisierung als Chance begreift und aktiv gestaltet, die gute Arbeit schafft und faire Löhne zahlt, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellt und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt und respektiert.

Industriepolitik ist Innovationspolitik ist Klimapolitik

Ein Wirtschaftszweig, der Europa historisch geprägt hat und auch in Zukunft eine zentrale Rolle zu spielen hat, ist die Industrie. Sie genauso wie die entsprechenden Industrieregionen in ihren Transformationsprozessen zu unterstützen und sie auf ihrem Weg grüner, digitaler und innovativer zu werden, zu begleiten, ist uns ein besonderes Anliegen.

Wir werden dabei insbesondere auf die enge Verzahnung von Wissenschaft und Forschung mit industrieller Praxis setzen, um Erkenntnisgewinn möglichst direkt in echte Innovationen münden zu lassen, die das Leben der Menschen verbessern und europäischen Unternehmen zudem die Märkte von morgen sichern. Die europäische Förderung von Forschung und Transfer werden wir entsprechend ausbauen, die bewährten Formate fortführen und zudem offen sein für neue Wege der Innovationsförderung.

Wir wollen gemeinsame europäische Antworten auf das Mega-Thema Digitalisierung. Dafür benötigen wir einen gemeinsamen Ansatz zu digitalen Grundrechten und einen entsprechenden rechtlichen Rahmen, der den Ausbau schneller Kommunikationsnetze fördert und gleichzeitig Prinzipien wie Netzneutralität, Medienvielfalt sowie die lückenlose Wahrung kommunikativer Grundrechte absichert. Die Durchsetzung öffentlicher Sicherheit und Ordnung muss auch im Digitalen eine hoheitliche und damit staatliche Aufgabe bleiben, die parlamentarisch kontrolliert wird. Politisches Ziel muss sein, dass weitere Monopolbildungen im Digitalen durch eine gezielte Vielfalts- und Wettbewerbsförderung verhindert werden. Das Recht eines jeden, nicht Objekt automatisierter Entscheidungen zu sein, muss gesetzlich fixiert werden. Künstliche Intelligenz muss der menschlichen Entscheidungsfindung dienen, kann sie aber niemals ersetzen. Innovationen im Klima- und Umweltschutz sind für die europäische Industrie von besonderer Bedeutung. Gerade die energieintensiven Branchen können einen großen Beitrag dazu leisten, unser Ziel, bis 2050 zur Low-Carbon-Economy zu werden, zu erreichen. Wir setzen dabei auf den Grundsatz „Innovation vor Sanktion“ und sind davon überzeugt, dass erst eine nachhaltige Industrie auch nachhaltig Arbeitsplätze sichert. Die Erträge aus dem europäischen Emissionshandel, die gezieltere Nutzung der Strukturfonds sowie eine entsprechende Ausgestaltung der europäischen Forschungsförderung sind die Wege, auf denen wir Ressourcen für die Stärkung der Innovationskraft der Industrie vor allem im Bereich der Senkung des Energie- und CO_2-Bedarfs bereitstellen wollen. Einen Schwerpunkt bildet dabei die Kreislaufwirtschaft.

Das Verursacherprinzip ist für uns eine faire, marktgerechte Lösung, um umwelt- und klimagerechte Anreize zu setzen. Dementsprechend werden wir den europäischen Emissionshandel durch eine komplementäre CO_2-Steuer ergänzen, die zumindest dort zur Anwendung kommt, wo der europäische Emissions-

handel nicht greift. Diese Steuer soll wenn möglich gemeinsam mit den anderen EU-Staaten eingeführt werden. Der Preis pro Tonne Kohlenstoff sollte dabei 50 Euro im Jahr 2020 und 100 Euro im Jahr 2030 betragen. Dabei ist klar, dass gleiche Vorgänge gleich besteuert werden müssen. Die Steuer an sich ist aber kein Selbstzweck und ungewollte Effekte müssen vermieden werden. Das betrifft die Verlagerung von Wirtschaftsbereichen in andere Regionen, welche eine laxere Umweltgesetzgebung haben, ebenso wie eine Vergrößerung der Armutsprobleme durch steigende Heizkosten. Über die Steuer hinaus werden wir die Bedeutung von Ökodesign ausbauen und unter anderem durch eine Besteuerung besonders klimaschädlicher Produkte stärken, die Gesetze gegen Plastikabfall verschärfen, die geplante Obsoleszenz – also die Konstruktion von Produkten mit begrenzter Nutzungsdauer, damit möglichst schnell neue angeschafft werden müssen – härter verfolgen sowie die Emissionen im Bereich Schifffahrt und Flugverkehr stärker in den Blick nehmen.

Wir sind uns zudem der besonderen regionalen Bedeutung der Industrie bewusst. Wir werden die Auswirkungen des Strukturwandels in denjenigen Regionen, die von energieintensiven Industrien geprägt sind, beobachten und Unterstützung bei der Gestaltung dieses Wandels sowie insbesondere Maßnahmen zur Abfederung der sozialen Folgen forcieren. Wir werden darüber hinaus einen Pakt zur Entwicklung der Industrie in wirtschaftlich schwachen Gebieten, insbesondere in Ost- und Südosteuropa, initiieren. Der Wegfall der Kohleindustrie und Änderungen in der lokalen Struktur können auch negative Folgen für Wertschöpfungsketten haben. Deswegen müssen wir auch unbedingt sicherstellen, dass lokale Wertschöpfungsketten erhalten oder angepasst werden können, um nicht durch einzelne Veränderungen ganze Industrieregionen zu gefährden. Über die Industrie hinaus müssen wir aber auch Entwicklungen in flankierenden Wirtschaftsräumen schaffen. Zu diesem Zweck streben wir europaweit koordinierte Kreativräume an, die im Sinne der intelligenten Spezialisierung über die klassische Industrie hinausgehen. Die europäische Kohäsions- und Strukturpolitik muss im Zentrum des Wandels stehen. Statt einer endlosen Liste von Möglichkeiten und Förderung nach dem Gießkannenprinzip muss noch deutlicher als bisher sichergestellt werden, dass entsprechende Mittel – trotz einer Kürzung der Gesamtbudgets – in ausreichendem Maße für die Regionen im Wandel zur Verfügung stehen und gezielt für hilfreiche Maßnahmen eingesetzt werden. Das gilt insbesondere auch für Investitionen in die Infrastruktur, also zum Beispiel

Verkehr und Bildung, um so den Wandel positiv zu verstärken und die Menschen vor Ort auf ihrem Weg zu begleiten.

Wissen schafft Zukunft

Europa ist der Kontinent von Wissenschaft und Forschung. Hier stand die Wiege der Wissenschaft, hier haben Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit bahnbrechenden Erkenntnissen das Leben der Menschheit verändert und hier setzen wir auch in Zukunft für die Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen vom Klimaschutz bis zum sozialen Zusammenhalt auf Wissenschaft und Forschung. Globalen, aber auch europäischen Akteuren, die aus ihrer Geringschätzung für die Wissenschaft keinen Hehl machen, treten wir mit aller Kraft entgegen!

Wissenschaft ist dabei für uns keine elitäre Veranstaltung. Wissenschaft muss immer auf das Ziel ausgerichtet sein, der Gesellschaft zu dienen und den Menschen in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen.

Hochschulen sind im Wissenschaftssystem die zentralen Einrichtungen mit vielfältigen Aufgaben: Sie sind Ausbildungsorte für viele junge Menschen und zunehmend auch ein Ort der Weiterbildung. Sie sind Jobmotoren für viele Städte und Regionen, sie schaffen die Grundlagen für künftige Prosperität und Arbeitsplätze. Starke, öffentlich finanzierte und für alle gesellschaftlichen Schichten offene Hochschulen sind die Voraussetzung für die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit Europas. Hier werden viele derjenigen Europäerinnen und Europäer ausgebildet, die die Geschicke unseres Kontinents in Zukunft prägen werden. Hier werden wir investieren und den Tendenzen zur Ökonomisierung von Bildung und somit von Lebenschancen mit aller Macht entgegentreten.

Bildung ist für uns aber weit mehr als eine hervorragende akademische Ausbildung. Dort, wo die Europäische Union im Bereich der frühkindlichen Bildung, in der Schule, der beruflichen Ausbildung und der Weiterbildung die Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer Kompetenzen unterstützen kann, werden wir dies vorantreiben. Dort, wo Herausforderungen besser gemeinsam auf europäischer Ebene bewältigt werden können – zum Beispiel im Zuge der Digitalisierung – streben wir gemeinsame Mindeststandards an. Europäische Benchmarks, insbesondere zur Zahl von Schul-, Studiums- und Ausbildungsabbrecherinnen und Abbrechern,

in den Bereichen frühkindliche Bildung, lebenslanges Lernen, Übergang in den Arbeitsmarkt sowie grenzüberschreitende Mobilität können hier zu einem positiv gestalteten föderalen Wettbewerb beitragen. Die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen muss zudem weiter ausgebaut und weitgehend zu einem Automatismus werden.

Die europäische Einigung macht es jungen Menschen heute so einfach wie nie, unbürokratisch Auslandserfahrung zu sammeln und so einen wertvollen Blick über den eigenen Tellerrand zu wagen. Auch wer auf diesem Weg seinen Horizont erweitert, bildet sich. Austauschprogramme wie zum Beispiel Erasmus sind von großer Bedeutung, um Europa praktisch erfahren zu können. Wir wollen diese Programme stärken, ausbauen und dabei einen Schwerpunkt darauf legen, dass auch denjenigen ein Austausch ermöglicht wird, denen die Mittel hierzu nicht in die Wiege gelegt sind. Dies bedeutet – neben einer Aufstockung der Finanzierung der bestehenden Programme – unter anderem stärkere Anstrengungen, um auch Schülerinnen und Schülern oder Auszubildenden attraktive, finanziell abgesicherte Möglichkeiten für eigene Auslandserfahrung zu geben, unter anderem durch einen Anspruch auf finanzielle Förderung eines mehrwöchigen Auslandsaufenthalts für junge Menschen unter 21 Jahren sowie eigene Mittel für grenzüberschreitende Schulbegegnungen. Entsprechende Möglichkeiten müssen auch für den Bereich der Weiterbildung geschaffen und gestärkt werden – denn für uns ist das Recht auf lebenslanges Lernen ein zentraler Bestandteil gerechter Bildung.

Investitionen in Wissenschaft und Forschung haben für uns höchste Priorität. Wir setzen uns dafür ein, dass sie als Zukunftsinvestitionen anerkannt werden und nationalstaatliche Investitionen in diesem Bereich nicht unter die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts fallen. Die europäische Forschungsförderung wollen wir deutlich erhöhen.

In der Wissenschafts- und vor allem in der konkreten Forschungsförderung setzen wir uns dafür ein, dass Europa in erster Linie Kräfte bündelt und starke europäische Akzente an den Stellen setzt, an denen den einzelnen Mitgliedstaaten im globalen Wettbewerb Grenzen gesetzt sind.

Dies betrifft zum einen konkrete strategische Entscheidungen, einzelne Zukunftsfelder koordiniert und unter Einbezug aller in Europa vorhandener Kompetenzen

in den Mittelpunkt zu stellen und Forschung in diesen Feldern intensiv zu fördern. Wir wollen so auf zentralen Feldern für die Zukunftsfähigkeit der Menschheit weiter in führender Rolle vorangehen, während wir auf anderen Feldern vor allem darauf bedacht sind, die technologische Unabhängigkeit Europas zu wahren.

Energiewirtschaftliche Kernforschung, die nicht ausschließlich Fragen der Sicherheit sowie der Lagerung adressiert, und militärische Kernforschung lehnen wir ab.

Wir stehen zu den bisherigen Verfahren zur Verteilung europäischer Forschungsförderung, die auf den Prinzipien von Wettbewerb und Leistung basieren. Wenn dies aber im Zuge eines sich über die Jahre verstärkenden Effekts dazu führt, dass Investitionsempfänger vorhersagbar werden und auf der anderen Seite ganze Regionen abgehängt werden, ist das nicht im Sinne eines nachhaltigen und leistungsstarken europäischen Wissenschaftssystems. Wir werden daher die bereits heute nach den Regeln der Strukturförderung vergebenen Mittel für Forschung aufstocken und so die Eigenschaft von Wissenschaft und Forschung als Impulsgeber für ganze Regionen unterstreichen. Dass es erfolgreich sein kann, auch zunächst nicht in der wissenschaftlichen Champions League spielenden Regionen Zukunftsimpulse durch die Ansiedlung von Forschungseinrichtungen zu geben, zeigen zahlreiche Beispiele; zum Beispiel das Ruhrgebiet, wo Johannes Rau politisch entschieden hat, Universitäten zu errichten und wo heute renommierte Hochschulen Spitzenforschung leisten und zugleich wichtige Akteure des Strukturwandels sind.

Neben der technologieorientierten Forschungsförderung legen wir dabei besonderen Wert auf den Ausbau der Forschung in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften. Wir brauchen sie, um die sozialen Folgen der unter anderem im Zuge der Digitalisierung und der Migration anstehenden Veränderungen frühzeitig zu erkennen und Lösungsmöglichkeiten zum Beispiel mit Blick auf Fragen wie die soziale Spaltung, Teilhabe, Partizipation, regionale Disparitäten oder die große Frage der sozialen Sicherung bereits früh im Innovationsprozess mitzudenken. Für die strategische Entscheidungsfindung im Rahmen der europäischen Forschungspolitik fordern wir zudem ein europäisches Programm zur Folgenabschätzung.

Für eine zukunftsgerechte Klima- und Energiepolitik

Über den industriellen Bereich hinaus ist für uns eine aktive Klima- und Energiepolitik zentral für die Zukunft Europas. Mit den aktuellen und zu befürchtenden Klimaeffekten gehen nicht nur extreme Wetterphänomene, sondern auch Dürren und Hungersnöte, gesundheitliche Gefahren und die Unbewohnbarkeit ganzer Gebiete einher. Die Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik an den Nachhaltigkeitszielen der UN ist deswegen unabdingbar. Wir stehen hinter den Zielen von Paris, die eine Reduzierung der Treibhausgase von 95 Prozent bis ins Jahr 2050 nötig machen – das bedeutet auch, dass der Kohleausstieg bis dahin vollzogen worden sein muss. Um das zu erreichen, müssen auch auf europäischer Ebene Weichen über das Jahr 2030 hinaus gestellt und Ambitionen in allen Bereichen erhöht werden und unter anderem das System des Emissionshandels gestärkt werden.

Die Ziele für erneuerbare Energien, wie im Juni 2018 vereinbart, sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir setzen uns aber über indikative Ziele hinaus dafür ein, dass die Zielvorgaben für die Mitgliedstaaten bindend werden. Um diese und höhere Anteile zu erreichen müssen wir noch viel mehr in den gemeinsamen Strommarkt investieren und grenzüberschreitende Fördermodelle zum Normalzustand werden lassen. Grüner Strom muss ungehindert von den windreichen Meeren und dem sonnigen Süden in die Industrieregionen und Ballungszentren fließen können. Es ist aber genauso wichtig, dass dabei regionale Eigenheiten berücksichtigt werden. Gerade das Energie- und Industrieland Nordrhein-Westfalen braucht Energie in all ihren Formen vor Ort, um den Betrieben und damit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sicherheit zu verschaffen.

In unseren Industrieregionen und Ballungszentren ist der Großteil des deutschen Energiebedarfs, ob als Strom, Wärme oder für den Verkehr, konzentriert. Neben der weiteren Förderung erneuerbaren Stromes, stehen wir auch für grüne und effiziente Energieerzeugung in Wärme und Mobilität. Gerade die Umstellung der vielen fossilen Heizsysteme muss dabei Priorität haben. Der einfache Austausch gegen effizientere Gasboiler ist dabei nicht genug. Größere Schritte sind gefragt. Große Erzeugungsanlagen müssen dabei auf europäischer Ebene genauso berücksichtigt werden, wie Anlagen vor Ort, im Quartier oder beim Verbraucher selbst. Dabei sind Kooperativen und Mieterenergiemodelle ein integraler Bestandteil der Energiewende.

Die Energiewende fußt aber nicht nur auf den Zielen Dekarbonisierung und Erneuerbare. Energieeffizienz im gesamten System ist für uns unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende. Das gilt im Gebäude genauso, wie auf der Quartiersebene und in der Versorgung. Wir setzen uns für ambitionierte Programme zur Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands ein, sowie für aus NRW bekannte und zukunftsweisende Modelle wie die Abwärmenutzung aus der Industrie als ein Beispiel der Sektorkopplung. Darüber hinaus werden aber auch viele Bereiche, in denen bisher fossile Brennstoffe genutzt werden, zu Teilen auf erneuerbare Elektrizität umsteigen müssen. Um Schwankungen in der Versorgung auszugleichen, müssen wir auf europäischer Ebene große Programme für Energiespeicher weiter voranbringen.

Klima- und Energiepolitik sind oft auch Steuer- und Subventionspolitik. Für die SPD darf es in Zukunft keinerlei öffentliche Subventionen oder industrielle Unterstützungszahlungen für die Nutzung fossiler Brennstoffe geben, egal in welchem Bereich. Stattdessen müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Trendwende zu beschleunigen. Die NRWSPD fordert daher eine gerechte und verursacherorientierte europäische CO_2-Bepreisung. Selbstverständlich sollen diese Maßnahmen nicht die Schwächsten in unserer Gesellschaft treffen. Deswegen müssen energiepolitische Maßnahmen auch durch sozialpolitische und wirtschaftliche Maßnahmen flankiert werden, die dafür sorgen, dass alle an der Energiewende teilhaben.

Für eine nachhaltige, europäische Verkehrs- und Mobilitätspolitik

Eine zentrale Rolle beim Erreichen der Klimaziele, aber auch für höhere Lebensqualität und bessere Luft, spielt der Mobilitätssektor. Zusätzlich zur Herausforderung, den Verkehr der Zukunft an unsere Zielstellungen in der Energie-, Klima- und Umweltpolitik anzupassen, ist sozialdemokratische Mobilitätspolitik immer mehr: Die Zukunft muss nicht nur sauber, sondern auch bezahlbar sein, sie muss dafür sorgen, dass alle Menschen mobil sind und durch Mobilität an der Gesellschaft teilhaben können – und sie muss die Menschen in Europa, sowohl in den Grenzregionen als auch insgesamt näher zusammenbringen.

Im Hinblick auf den Klimawandel ist unser oberstes Ziel die Verringerung des CO_2-Ausstosses im Verkehrssektor. Dazu gehören alle Teile, egal ob Straße,

Schiene, Wasser oder Luft. Dabei müssen wir alle zur Verfügung stehenden Lösungen nutzen, aber die Elektromobilität (Brennstoffzelle oder Batterie) wird dabei eine herausragende Rolle spielen. Im PKW- und LKW-Bereich unterstützen wir auf europäischer Ebene Quoten für nachhaltige Antriebstechnologien, gebundene Fördermittel, aber auch den zweckgebundenen zusätzlichen Ausbau entsprechender Energiequellen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine weitere Verlagerung von Kapazitäten von der Straße auf die Schiene und auf Wasserwege ein.

Dabei gilt für uns aber auch, dass das europäische Netz weiter elektrifiziert werden muss. Auch für den Schiffs- und Flugverkehr fördern wir die Weiterentwicklung zukunftsträchtiger Lösungen, um so zum Erreichen der Klimaziele beizutragen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die strenge Überprüfung der aktuell geltenden Abgaswerte ein und fordern die bedingungslose Durchsetzung geltenden Rechts. Das muss auch für Abgasreinigungsanlagen insbesondere im Güterverkehr gelten.

Da es mit neuen Antriebstechnologien nicht getan ist, stehen wir für den europäisch unterstützten Ausbau des Schienennetzes, insbesondere der transeuropäischen Strecken. Wir haben aber auch eine gemeinsame Verantwortung für das europäische Wasserstraßennetz, das für den europäischen Güterverkehr unersetzlich ist. Auch hier müssen die europäischen Akteure gemeinsam anpacken.

Verschiedene Regionen in Europa kämpfen auch mit verschiedenen Herausforderungen. Für Regionen, die auch große Teile des europäischen Durchgangsverkehrs von Personen und Gütern tragen, setzen wir uns für strategische Investitionen in Beipassverbindungen ein, um die Hauptachsen zu entlasten.

In Grenzregionen stehen wir dafür, verbliebene Lücken im Schienennahverkehr im selben Rahmen zu schließen, wie das europäische Fernschienennetz vollendet werden muss.

Gerade im lokalen Rahmen, in Städten wie im ländlichen Raum, setzen wir auf den Ausbau des ÖPNV-Angebots. Neben der Nutzung entsprechender Fördermittel muss dazu auch zum verbesserten Austausch von guten Beispielen angeregt werden.

Für den verbliebenen Individualverkehr, aber auch für Räume, in denen der ÖPNV seine Vorteile nicht ausspielen kann, unterstützen wir den weiteren Ausbau von Carsharingmodellen, unter anderem auch durch steuerliche Begünstigungen bei der Nutzung nachhaltiger Technologien.

Wir nutzen Strukturfördermittel auch dafür, Räume, die bisher vom Verkehr besetzt sind, wieder zugänglich für die Menschen zu machen. Wir fördern urbane Mobilitätskonzepte, die sauber, sicher und im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner sind. Dazu zählen gerade auch Fahrradwege.

Diese gilt es auch als Teil des europäischen Fernfahrradwegenetzes so auszubauen, dass Städte und Regionen engmaschig verbunden sind.

Bei allen Maßnahmen muss gelten: Der wirtschaftliche Ertrag darf nicht die Triebfeder des Ausbaus von Verbindungen sein, sondern sie müssen allen zugänglich bleiben.

Für eine faire Handelspolitik

Fairness, Respekt und Gerechtigkeit sind Grundpfeiler unserer Wirtschaftspolitik, die auch mit Blick auf unsere Handelspolitik gelten. Wir unterstützen Abkommen, die den Abbau von Zöllen, Mengenbeschränkungen und rein technischen Handelshemmnissen anstreben. Sie dürfen aber nicht unter der Hand staatliche Regulierung zur Sicherung von Gesundheit, Sicherheit, Umwelt, des Verbraucherschutzes und guter Arbeit aushöhlen. Aktuelle Handelsabkommen der EU entsprechen diesen Ansprüchen nicht immer. Um sie umzusetzen brauchen wir eine handlungsfähige EU in der Handels-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Fortschritte in diesen Bereichen können in der Welt nur erreicht werden, wenn wir als EU mit unseren Partnern zusammenarbeiten.

Europäische Firmen, die außerhalb der EU produzieren, sollen beim Import dieser Produkte verpflichtende Nachweise erbringen, dass sie mindestens die ILO (Internationale Arbeitsorganisation) – Standards einhalten. Die privatrechtlichen Schiedsgerichte gehören abgeschafft. Wir treten ein für ein modernes multilaterales Schiedsgerichtssystem nach rechtsstaatlichen Grundsätzen, das transparente Verfahren für die Streitbeilegung im internationalen Raum schafft. Dabei muss auch klar sein, dass ein internationales Handelsgericht nur letzte Instanz sein kann.

Investitionsschutz darf nicht der Absicherung der Gewinnerwartung von Unternehmen dienen. Das staatliche Recht, im öffentlichen Interesse regelnd tätig zu werden, muss in allen Investitionsschutzabkommen gewahrt bleiben. Demo-

kratisch legitimierte staatliche Entscheidungen zum Schutz von Umwelt, sozialer Gerechtigkeit, Arbeit, Gesundheit und Verbraucherschutz können immer schwieriger oder gar nicht mehr durchgesetzt werden. Zukünftige Abkommen dürfen keine Vorschriften beinhalten, die die Erbringung von wirtschaftlichen oder nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen von allgemeinem Interesse durch die öffentliche Hand begrenzen oder beeinträchtigen können.

Wir erwarten, dass die Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards in Konfliktfällen genauso wirkungsvoll sichergestellt wird, wie die Einhaltung anderer Regeln des Abkommens. Der Schutz der Daseinsvorsorge hat für uns höchste Bedeutung und muss umfassend gewährleistet sein. Grundlegende Normen, Regelungen und Verfahren zur Verwirklichung von Zielen im öffentlichen Interesse dürfen nicht im Visier zukünftiger Abkommen sein. Wir setzen uns dafür ein, dass in allen EU-Handels-, -Investitions- und -Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen vereinbart werden. Dies gilt auch für das Allgemeine Präferenzsystem (APS und APS+) der EU.

Handelsverträge, die Marktzugang im Austausch für Entwicklungshilfe fordern, wird es mit uns nicht mehr geben. Wir setzen stattdessen auf den Marktaufbau in den sich entwickelnden und insbesondere in den AKP-Ländern. Ungleiche Handelsbeziehungen, bei denen europäische Produkte insbesondere im Agrarbereich einen unfairen Marktvorteil in den Entwicklungsländern erlangen, werden wir verhindern. Das bedeutet auch einen Abbau jeglicher Subventionen für Exporte in diese Länder. Die Partnerschaftsabkommen der Europäischen Union mit den afrikanischen Staaten (Economic Partnership Agreements) müssen daraufhin überprüft werden, ob sie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den betroffenen Entwicklungsländern dienen oder Abhängigkeiten weiter zementieren. Auch im Nachfolgeabkommen zu dem auslaufenden Vertrag mit den AKP-Ländern sind die Kriterien einer nachhaltigen Entwicklungspolitik zu berücksichtigen.

Rein strukturell muss gelten, dass bei jeglichen Verhandlungen und Abschlüssen, und noch wichtiger in der Umsetzung, die parlamentarischen Rechte zu achten sind. Um darüber hinaus rechtliche Unklarheiten zu vermeiden, muss der Rahmen für Freihandelsabkommen so gesetzt werden, dass sie nur Regelungen enthalten, die über den WHO-Rahmen hinaus gehen.

Für ein Europa, das unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt

Europa war für den Natur- und Umweltschutz in Deutschland ein Fortschrittsmotor. Ohne europäische Richtlinien wäre es um Natur und Umwelt in Deutschland sehr viel schlechter bestellt. Aber die Herausforderungen bleiben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen dafür, dass wir die Herausforderungen der Zukunft zusammendenken und zusammenführen. Wir wollen auch künftigen Generationen eine artenreiche und lebenswerte Welt übergeben, in der Wirtschaft, Umwelt und gute Arbeit zusammengehören. Wir sind dafür bereit zu einem entschiedenen Umsteuern. Wir setzen uns für eine weiter zusammenwachsende EU ein, deren Politik sich an den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung der 2030-Agenda ausrichtet – in allen Bereichen und ressortübergreifend. Dazu gehört auch ein mehrjähriger Finanzrahmen, der in nachhaltige Entwicklung investiert und umweltschädliche Subventionen abschafft.

Aber die Herausforderungen sind groß. Das Insektensterben, das wir alle wahrgenommen haben, ist hierfür ein unmittelbar spürbares Beispiel. Es wurde in Deutschland wissenschaftlich belegt und war ein weltweiter Weckruf. Zum Schutz der Insekten wollen wir über die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein Fördersystem schaffen, das Anreize für die Schaffung einer strukturreichen Agrarlandschaft gibt, in der auch Vögel, Amphibien und andere Tiere und Pflanzen wieder eine Heimat finden. Ein weiter so darf es nicht geben. Denn wo Biene und Co. verschwinden, wird es auch der Mensch schwer haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei umweltrelevanten Gesetzgebungsverfahren alle betroffenen Ressorts (Generaldirektionen, Ratsformationen und Ausschüsse) einbezogen werden müssen. Über die umweltrelevanten Aspekte der Gemeinsamen Agrarpolitik müssen Umweltrat und ENVI-Ausschuss federführend verhandeln.

Die Menschen müssen auf diesem Weg mitgenommen werden. Wir unterstützen eine partizipative EU, welche die Vorgaben der Århus-Konvention zum freien Zugang zu Umweltinformationen, eine frühzeitige Bürger- und Verbandsbeteiligung, sowie einen ungehinderten Zugang zur Justiz vollständig umsetzt. So können tragfähige Entscheidungen herbeigeführt und Planungskonflikte vermieden werden.

Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung und ausreichende Finanzierung der EU-Naturschutzrichtlinien und des Natura-2000-Netzwerks ein. Dazu gehören ausreichend vernetzte und rechtlich abgesicherte Gebiete sowie fachlich abgesicherte Schutzziele, Managementpläne und Zustandsberichte.

Ein Schlüsselfaktor ist dabei die Agrarpolitik. Wir setzen uns für eine naturverträgliche und zukunftsfähige Gemeinsame Agrarpolitik ein. Diese muss jegliche Vergabe öffentlicher Gelder an konkrete gesellschaftliche Leistungen sowie an die Einhaltung anspruchsvoller Umweltstandards und Tierschutzstandards knüpfen. Ziel der GAP muss die nachhaltige Transformation von Landwirtschaft und Ernährung sein, weshalb pauschale Flächenprämien durch Investitionen und Anreize zu ersetzen sind, die Betrieben ermöglichen, umweltverträglich und gleichzeitig ökonomisch zu wirtschaften. Gleichzeitig muss die GAP aktiv zum Erreichen der Ziele der EU-Umwelt- und Naturschutzgesetzgebung beitragen. Wir streben eine Förderung auf Basis des Beitrags zur Gesellschaft und nicht auf Basis des Ertrags an, die Vereinheitlichung von Siegeln, die volle Einbeziehung in den europäischen Emissionshandel sowie die Förderung von Kaskadennutzung, z.B. Nutzung von Gülle für Biogas. Für uns ist klar: Direktzahlungen müssen unbedingt gedeckelt und die Stärkung der zweiten Säule vorangetrieben werden.

Wir setzen uns für eine Reform der Pestizid-Zulassungsverfahren ein, indem ökosystemare Wirkungen stärker berücksichtigt werden. Zudem werden wir uns für ein Verbot schädlicher Wirkstoffklassen, wie zum Beispiel alle Neonicotinoide und Wirkstoffe mit einem ähnlichen Wirkmechanismus einsetzen.

Wir setzen uns für ein engagiertes Vorgehen gegen die Vermüllung der Ozeane im Rahmen der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie und der Aktionspläne der regionalen Meeresschutzübereinkommen ein. Das Ziel einer 50-prozentigen Reduzierung der Plastikmülleinträge bis zum Jahr 2020 ist dabei nur über ambitionierte Maßnahmen der Ressourcenschonung und Müllvermeidung, der Abfallbewirtschaftung und der ökologischen Produktentwicklung und -substitution zu erreichen. Hierfür werden wir uns bei der Ausgestaltung der EU-Plastikstrategie einsetzen.

FÜR EIN EUROPA DES FRIEDENS,
der Demokratie, der Kommunen und der Bürger- und Menschenrechte

Der Friedensnobelpreis für die Europäische Union war eine großartige Ehrung für das größte Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte. Wir begreifen ihn aber zugleich als Auftrag für die Zukunft und wollen dieser Verantwortung nachkommen.

Europa ist eine Friedensgemeinschaft und eine Friedensmacht. Wir wollen, dass Europa in einer weltpolitisch schwierigen Zeit eine aktivere Rolle einnimmt. Dabei streben wir einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen Ansatz an: Die Europäische Union muss die Gesamtheit ihrer Außenbeziehungen an den Zielen der Förderung des Friedens und der nachhaltigen Entwicklung ausrichten und zu diesem Zweck eine entsprechende Strategie erarbeiten. Wir machen eine präventive, umfassende Friedens- und Entwicklungspolitik zum strategischen Schwerpunkt der europäischen Politik. Pfeiler dieser Politik sind die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, unter anderem das Ziel, friedliche, inklusive und stabile Gesellschaften zu fördern. Konkreten Ausdruck sollte dies etwa auch darin finden, dass die Europäische Union ihre Fähigkeiten der zivilen Konfliktlösung stärkt und dies finanziell und organisatorisch absichert.

Die Europäische Verteidigungsunion muss einer demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterliegen. Eine zukünftige europäische Armee – und in einem ersten Schritt die „Armee der Europäer“ – muss eine Parlamentsarmee sein. Außerdem muss der militärische Aspekt in den Rahmen einer strategischen Friedens- und Entwicklungspolitik eingebettet und eng mit der europäischen gemeinsamen Außenpolitik verknüpft werden. Der Prozess hin zu einer europäischen Armee muss gleichzeitig ein Prozess der Abrüstung sein. Wir sind gegen eine europäische Interventionsarmee. Und für uns ist klar: Militärische Einsätze darf es unter keinen Umständen ohne UN-Mandat geben.

Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben – erst recht anhand starrer Prozentsätze – lehnen wir ab. Darin sehen wir keinen strategischen Ansatz zur Bewältigung der globalen Probleme. Die durch eine Zusammenlegung der Verteidigungsleistungen freiwerdenden Rationalisierungsressourcen müssen ausreichen. Es darf keine Umverteilung im Finanzrahmen zugunsten von Rüstungs- und Militärausgaben geben. Bei der von uns befürworteten ganzheitlichen Betrachtung muss es vielmehr darum gehen, ein schlüssiges und durchfinanziertes Gesamtkonzept mit dem Vorrang des Politischen und Zivilen zu erarbeiten und umzusetzen. Als wichtiger Schritt hierzu muss möglichst schnell eine der PESCO („Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ im militärischen Bereich) vergleichbare Struktur im zivilen Bereich verwirklicht werden. Außerdem muss auf dem Gebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik anstelle des derzeitigen Einstimmigkeitsprinzips verstärkt mit Mehrheit entschieden werden.

Zudem sollen gemeinsame Schritte zu einer nuklearen Abrüstung unternommen werden. Ziel muss es sein, die Stationierung von Nuklearwaffen in ganz Europa und seiner Nachbarschaft zu beenden.

Wir streben zudem ein hohes gemeinsames Niveau von Rüstungsexportbeschränkungen in der Europäischen Union an. Rüstungsexportbeschränkungen dürfen nicht weiter ausgehebelt werden! Die Rüstungsindustrie findet immer noch zu viele Schlupflöcher für eine Umgehung der Beschränkungen. Alle Exporte von Rüstungsgütern einschließlich der Genehmigung von Produktionslizenzen, des Betriebs von Rüstungsfabriken oder der Beteiligung an Joint Ventures dürfen – über die bisherigen Beschränkungen hinaus – nur noch in Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in solche Staaten gestattet sein, bei denen der Verbleib der Rüstungsgüter sichergestellt ist, in denen die Grundsätze der parlamentari-

schen Demokratie gewahrt werden, die keine systematischen Menschenrechtsverletzungen oder Kriegsverbrechen begehen und die nicht an völkerrechtswidrigen kriegerischen Konflikten beteiligt sind.

Das 2014 ins Leben gerufene Europäische Friedensinstitut (European Institute for Peace, EIP) findet unsere volle Unterstützung. Wir streben für ganz Europa eine inklusive Sicherheitsarchitektur an und treten deshalb für eine europäische Friedenskonferenz unter Beteiligung der USA, Kanadas und Russlands ein. Darüber hinaus bekräftigen wir die weiterhin herausragende Bedeutung der transatlantischen Beziehungen. Wir teilen mit den USA und mit Kanada grundlegende Werte und gemeinsame Interessen. Zugleich sind wir davon überzeugt, dass Europa selbstbewusster werden und eine stärkere, eigenständige internationale Rolle einnehmen muss.

Vielfältige Medien und unabhängiger Journalismus

Wir setzen uns für eine vielfältige Medienlandschaft und für die Freiheit der Presse in Europa und darüber hinaus ein. Pressefreiheit ist zentraler Bestandteil der Demokratie. Hierzu gehört für uns die unabhängige und kritische Berichterstattung von Journalistinnen und Journalisten.

Neben privaten Medienangeboten ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk wichtiger Teil der Medienvielfalt. Dieser muss die Möglichkeit haben, sich weiterzuentwickeln und sich dem verändernden Nutzungsverhalten anzupassen.

Der Nutzer- und Verbraucherschutz muss auch unter den Bedingungen der Digitalisierung weiter gestärkt werden. Die Regulierung von Medienplattformen und Informations-intermediären zählt hierzu. Bei der Entwicklung und beim Einsatz von Algorithmen werden wir uns für internationale Ethik-Standards einsetzen.

Entwicklungspolitik

Wir treten für ein partnerschaftliches Verständnis der Entwicklungspolitik ein, das nicht Hilfe „von oben herab“ verspricht, sondern sich an einer nachhaltigen internationalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe orientiert. Wir stehen für einen

umfassenden Ansatz der Entwicklungspolitik, der sich von der Katastrophen- und humanitären Hilfe über den Wiederaufbau bis auf die langfristigen, strukturellen Ziele der Entwicklungszusammenarbeit erstreckt. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten finanzieren mehr als die Hälfte der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit – das eröffnet enorme Möglichkeiten, auf die globale Entwicklung Einfluss zu nehmen, bedeutet aber auch große Verantwortung. Unser Ziel ist eine nachhaltige europäische Entwicklungspolitik: Eine solche Politik berücksichtigt den Schutz der universellen Menschenrechte, soziale und ökologische Standards und die Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), achtet auf gute Regierungsführung und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft. Sie berücksichtigt traditionelle Landrechte und fördert eine regionale Versorgung mit Agrargütern auf der Basis von Kleinbauern und Kooperativen. Sie fördert Frauen – etwa auch über die Vergabe von Mikrokrediten –, schützt die Kinderrechte sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRHR). Sie fördert nationale Systeme der Daseinsvorsorge einschließlich des Bildungswesens sowie den Handel. Wir werden verhindern, dass europäische Handelspolitik europäische Entwicklungspolitik konterkariert.

Der Abhängigkeit von Entwicklungsgeldern werden wir entgegentreten. Vielmehr muss das Ziel sein, die Staaten zu einer eigenständigen Entwicklung zu befähigen. Durch eine Verlagerung der Wertschöpfungskette in die Ursprungsländer von Rohstoffen werden regionale Wirtschaftsräume gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen. Keinesfalls dürfen Entwicklungsgelder für sicherheitspolitische Zwecke umgewidmet werden. Zudem darf Entwicklungshilfe nicht mit der Eindämmung von Migration verknüpft werden, sondern muss sich am Bedarf und an den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklungspolitik orientieren. Daher darf es auch keine Umschichtung von Mitteln zur Grenzsicherung geben.

Wir wenden uns gegen jede indirekte Unterstützung autoritärer Regime (z.B. in Afrika). Das gilt auch für die geplanten sogenannten „Ausschiffszentren“ in Nordafrika. Der alleinige Maßstab muss auch hier die Einhaltung der Menschenrechte sein.

Wir treten für ein gesondertes Seenotrettungsprogramm der EU ein.

Für ein geeintes Europa

Die Europäische Union ist auf die Einigung des gesamten Kontinents angelegt. Unsere Vision sind die Vereinigten Staaten von Europa. Dieser Überzeugung folgend unterstützen wir grundsätzlich die Aufnahme weiterer europäischer Staaten in die Union – solange diese unsere Werte respektieren und teilen und die übrigen Bedingungen für eine Aufnahme in die Gemeinschaft erfüllen. Zukünftige Beitritte sollten aufgrund klarer Bedingungen, ob die vereinbarten Kriterien eingehalten oder nicht eingehalten werden, nach dem Grundsatz Belohnen & Sanktionen (bei Nichteinhalten nach dem Beitritt) erfolgen.

Angesichts der zahlreichen Konflikte, Unsicherheiten und sich offenbarenden Schwachstellen innerhalb der Union spielt die Erweiterungspolitik der EU für uns aber vorerst keine übergeordnete Rolle.

Es wäre allerdings ein Fehler, die Beitrittsverhandlungen und die damit verbundenen Reformimpulse in den Beitrittsstaaten angesichts der aktuell rauen Wetterlage innerhalb der EU einzustellen. Ein solcher Schritt hätte vor unserer Haustür Konsequenzen von nicht absehbarem Ausmaß, vor allem in Regionen, in denen noch in den 90er Jahren Kriege tobten und die bis heute von inneren Spannungen geprägt sind.

Deshalb setzen wir uns für eine realistische und am tatsächlichen Fortschritt innerhalb der Beitrittsstaaten orientierte Fortführung der Beitrittsverhandlungen ein. Es gilt, die pro-europäischen, reformwilligen Kräfte in den Beitrittsstaaten nicht als Partner zu verlieren, und einem Wiederaufflammen innereuropäischer Konflikte, vor allem auf dem Westbalkan, durch die Perspektive der EU-Mitgliedschaft weiter entgegenzuwirken. Wir begrüßen deshalb, dass mit Albanien und Mazedonien Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen, und unterstützen diese Länder bei dem notwendigen weiteren Reformprozess.

Die Entwicklungen der letzten Jahre in der Türkei verfolgen wir mit großer Sorge. Während die Beitrittsverhandlungen mit anderen potenziellen EU-Mitgliedern schleppend vorankommen, ist in der Türkei in vielen Bereichen überhaupt kein Fortschritt zu erkennen. In besonders sensiblen Bereichen wie Pressefreiheit, Schutz von Minderheiten und Rechtsstaatlichkeit sind die Rückschritte unübersehbar.

Die aktuelle Führung der Türkei hat ihren EU-Reformeifer beinahe vollends eingestellt. Mit dieser Regierung und ohne einen grundlegenden Neustart und überzeugende Initiativen halten wir deshalb eine EU-Mitgliedschaft der Türkei für ausgeschlossen. Die Verantwortung, eine glaubhafte europäische Perspektive für die Türkei wiederherzustellen, liegt momentan bei der türkischen Regierung. Sollten keine ernstzunehmenden Signale in diese Richtung kommen, sehen wir keine Alternative dazu, die Beitrittsverhandlungen und die damit einhergehenden Unterstützungszahlungen einzustellen. Wir stehen jedoch an der Seite der türkischen Bevölkerung, die selbst unter den aktuellen Verhältnissen am meisten leidet. Die Türkei gehört untrennbar zu Europa. Wir schlagen daher die Tür nicht endgültig zu. Wenn sich die politischen Verhältnisse in der Türkei nachhaltig ändern, wird auch wieder eine Beitrittsperspektive möglich sein.

Darüber hinaus werden wir in der Türkei, in Russland und in anderen autoritär regierten Staaten verstärkt die dortigen demokratischen Bewegungen unterstützen. Die Antwort auf die Konflikte in der Welt und auf nationale und populistische Orientierungen mancher Weltmächte wie „America first“ kann nur sein: „Europe United“!

Strukturen weiter demokratisieren

Wir wollen die demokratischen Strukturen der EU weiter stärken und die Menschen neu für Demokratie und Europäische Union begeistern. Ein Beitrag dazu sollte die Debatte in und mit allen Parteigliederungen über eine europäische Verfassung sein.

Das Europäische Parlament als einzige direkt gewählte Institution muss weiter gestärkt werden. Dazu gehören ein Initiativrecht für Gesetze ebenso wie ein weiterer Ausbau der Haushaltsbefugnisse. Das Prinzip der Spitzenkandidaten muss fester Bestandteil aller Europawahlen sein; das Parlament wählt dann den Präsidenten der Europäischen Kommission. Die Europäische Kommission selbst muss als vom Rat unabhängige Institution gestärkt und die Zahl der Kommissare verkleinert werden.

Das Europäische Parlament als einer der beiden Gesetzgeber arbeitet bereits sehr viel transparenter als viele nationale Parlamente. So werden die Sitzungen des

Plenums und der Ausschüsse gestreamt und sind für alle Bürgerinnen und Bürger in ihren jeweiligen Sprachen verfügbar. Vergleichsweise wenig transparent ist die Arbeit des Rates. Das gilt sowohl für dessen Sitzungen als auch für die offene Debatte zu Positionen der einzelnen nationalen Regierungen. Um Entscheidungen der Europäischen Ebene transparenter zu machen, brauchen wir in Parteien, Zivilgesellschaft und Medien mehr Debatten und Berichte über europäische Positionierungen des Europäischen Parlamentes, aber auch der nationalen Parlamente und der Regierungen.

Bürgernähe stärken, Kommunen stärken

Demokratisch legitimierte Institutionen sind ebenso wie unabhängige zivilgesellschaftiche Strukturen und eine aktive Debattenkultur Grundlagen demokratischer Gesellschaften. Als direkter Lebens- und Erfahrungsraum der Menschen kommt den Kommunen hier eine besondere Bedeutung zu, ihre Europafähigkeit wollen wir weiter stärken. Wir wollen auch erreichen, dass sich Kommunen und Bürger aktiver in die Konsultationsverfahren der Kommission zu neuen Vorhaben einbringen.

Die Einbindung der Kommunen in europäische Entscheidungsprozesse muss dabei nicht nur über den Ausschuss der Regionen erfolgen. Grundlegend wichtig sind nationale Strukturen, die Kommunen und Regionen schon hier in politische Positionierungen einbinden. Eine wichtige Rolle spielen hierbei auch die Verbesserung kommunaler Vernetzung und stärkere Möglichkeiten kommunaler Kooperationen auch über Landes- und Staatengrenzen hinweg. In diesem Zusammenhang ist das Thema Daseinsvorsorge für uns von besonderer Bedeutung; die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, dass auch Wohnen Teil der Daseinsvorsorge sein muss. Vor Ort, national und europäisch muss die kommunale Daseinsvorsorge garantiert werden.

Begegnung und Debatten vor Ort sind wichtig. Unverzichtbar sind aber auch europäische Begegnungen. Daher wollen wir die Mittel für Städtepartnerschaften aufstocken, den Aufbau thematischer Netzwerke fördern und dabei besonderes Augenmerk auf direkten Austausch von Menschen legen.

Kommunalen Handlungsspielraum wahren und ausbauen

Wir wollen, dass in der Binnenmarkt- und in der internationalen Handelspolitik den Belangen der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Daseinsvorsorge ausreichend Rechnung getragen wird. Das ist bisher nicht der Fall.

Das europäische Beihilfe- und Vergaberecht hat in den letzten Jahren im Zuge der Ausweitung des Binnenmarktes den kommunalen Handlungsspielraum in der Daseinsvorsorge zunehmend eingeschränkt. Insbesondere die Erbringung von Daseinsvorsorgeleistungen durch die Stadtwerke und auch der kommunale Querverbund sind erschwert worden. Das Spannungsverhältnis zwischen kommunaler Selbstverwaltung und Binnenmarkt hat sich zu Ungunsten der kommunalen Selbstverwaltung entwickelt. Auch hier wollen wir die überschießende Binnenmarktpolitik eindämmen.

Die in den Vertrag von Lissabon eingefügte Achtung der kommunalen Selbstverwaltung hat sich bislang in der europäischen Gesetzgebung nur wenig niedergeschlagen. Wir setzen uns dafür ein, dass in Zukunft der Vertrag von Lissabon in dieser Hinsicht besser umgesetzt wird und in der EU-Gesetzgebung und beim Verwaltungshandeln der EU die Belange der kommunalen Selbstverwaltung besser berücksichtigt werden.

Bürger- und Menschenrechte verteidigen

Die Europäische Charta der Grundrechte ist unser Kompass bei allen Überlegungen zu Bürger- und Menschenrechten. Wir stehen für die dort formulierten Standards ein und verteidigen sie gegen Einschränkungen und Relativierungen aller Art. Sowohl innereuropäisch als auch im globalen Kontext machen wir klar: Europa ist der Kontinent der Menschenrechte. Darauf sind wir stolz, das ist für uns nicht verhandelbar und das schlägt sich auch in konkretem politischem Handeln nieder. Neben einer koordinierten europäischen Menschenrechtspolitik werden wir ein gemeinsames europäisches Asylsystem vorantreiben, ein europäisches Einwanderungsrecht beschließen und dafür sorgen, dass Europa Kommunen bei den Kosten von Migration und Integration unterstützt. Wir setzen uns dafür ein, dass die für den EU-Beitritt zu erfüllenden Kopenhagen-Kriterien, unter anderem zum Schutz ethnischer Minderheiten, in Zukunft auch in vollem

Umfang für Mitgliedsländer gelten und durchgesetzt werden. Verstöße seitens der Mitgliedstaaten gegen Prinzipien der Demokratie, der Gewaltenteilung und der Rechtsstaatlichkeit müssen härter geahndet werden. Wir fordern einen Sanktionsmechanismus, bei dem der Europäische Gerichtshof unmittelbar tätig wird, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Europäischen Rates oder die Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments ihn dazu auffordern. Der Gerichtshof wird die Einhaltung dieser Prinzipien in einem Mitgliedstaat überprüfen und bei Bedarf Sanktionen verhängen.

Zudem werden wir das Thema Inklusion stärker auf die europäische Tagesordnung setzen, die entsprechenden nationalen Pläne diskutieren, eine europäische Agenda entwickeln und einen gemeinsamen europäischen Aktionsplan für Inklusion erarbeiten.

Gleichstellungsrechte europaweit durchsetzen!

Eine längere Zeit lang war die EU Treiber einer fortschrittlichen Frauen- und Gleichstellungspolitik. Bereits 1957 wurde das Ziel gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit aufgenommen, im Amsterdamer Vertrag wurde 1997/99 Gleichstellung als Querschnittsaufgabe festgeschrieben. Doch seit Verlust der linken Mehrheit im Europäischen Parlament durch die Europawahl 2004 und im Zuge einer immer stärker rechten und nationalistischen Ausrichtung in mehreren Ländern der EU geraten europaweit die Rechte von Frauen immer mehr unter Druck oder werden ausgebremst.

Die Europäische Union wird häufig als Wirtschaftsgemeinschaft wahrgenommen, doch sie ist zuallererst eine Wertegemeinschaft. Dies zeigt sich im Artikel 2 des Vertrags von Lissabon: „Ziel der Union ist es, den Frieden, ihre Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern." In Artikel 1a des Lissabonner Vertrags sind diese Werte festgelegt. Neben der Achtung der Menschenwürde gehören hierzu die Gleichheit und die Wahrung der Menschrechte einschließlich der Personen, die Minderheiten angehören. Genau darauf bauen wir die Forderung nach der Gleichberechtigung von Mann und Frau auf.

Wir stehen vor der Herausforderung, mit Gegenwind umzugehen und vor der Frage, wie die EU den Wert der Gleichstellung derzeit umsetzt.

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit zwischen den Geschlechtern

Die Forderung nach Lohngleichheit ist eines der zentralen Themen der EU. Doch in der Realität ist die Problemlage gleichgeblieben. Die Lohnungleichheit besteht weiterhin oft aufgrund stereotyper Rollenverteilungen in der Familie, durch unbezahlte Care-Arbeit und durch unzureichende Transparenz von Unternehmen. Die Lohnlücke trägt zur Festigung von hierarchischer Verantwortungsteilung in Partnerschaften bei und führt zu längeren Erwerbsunterbrechungen bei Frauen.

Wir fordern präventive Maßnahmen, die über den Anspruch an neue Gesetzgebung hinausgehen. Rollenbilder müssen aufgebrochen werden und Frauen müssen die Chance erhalten, die Forderung nach Lohngleichheit vor dem Arbeitgeber wirksam durchsetzen zu können. Zudem muss die Care-Arbeit mehr anerkannt werden und als solche auch aufgewertet werden, sodass einer Frau dadurch keine Nachteile entstehen. Maßnahmen für eine Armutsvermeidung und eine Segregation am Arbeitsmarkt müssen ergriffen werden.

Gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen

Noch immer sind Frauen in allen Parlamenten deutlich unterrepräsentiert. Frauen machen die Hälfte der Gesellschaft aus, doch sind als solche nicht in der Öffentlichkeit wahrnehmbar. Dies ist ein großes Problem für unsere Demokratie. Frauen müssen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden und der Anteil von Frauen in Führungspositionen in der Politik und der Wirtschaft muss deutlich erhöht werden. Hierzu gehört auch die Durchsetzung der Geschlechterquote von 40 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder bzw. der nicht geschäftsführenden Direktorinnen in börsenorientierten Unternehmen. Seit 2013 liegt hierzu eine entsprechende Richtlinie dem Europäischen Rat vor. Doch konnten sich die Mitgliedstaaten hierauf noch nicht verständigen. Auch das Bundeskanzleramt hat diese Richtlinie für Deutschland blockiert. Es ist höchste Zeit, diese Blockade aufzugeben und einer Einigung im Rat zuzustimmen.

Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt

Gewalt gegen Frauen und Mädchen zieht sich durch alle Lebenslagen und ist kein Einzelfall. Jede vierte Frau in Europa ist schon einmal Opfer geschlechtsbezogener Gewalt geworden. Dazu gehören Vergewaltigung, Menschenhan-

del, Stalking, Häuslicher Missbrauch, Genitalverstümmelung sowie sexuelle Nötigung und Belästigung.

Die EU braucht wirksame Strategien zur Prävention, Verhütung von Gewalt, genauso wie Maßnahmen zur Bewältigung von Gewalterfahrungen und Anlaufstellen, die niedrigschwellige Angebote leisten können.

Die EU muss auch gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel gemeinsam vorgehen. Viele Süd- und Osteuropäerinnen, aber auch viele Frauen mit Migrationshintergrund, vor allem aus Afrika, werden unter falschen Versprechungen in westeuropäische Länder gebracht und zur Prostitution gezwungen. Es ist höchste Zeit für ein europaweites gemeinsames Vorgehen für den Schutz von Prostituierten und die Bestrafung und Eindämmung von Menschenhandel. Hierzu gehören Maßnahmen zu Beratung und Gesundheitsversorgung von Prostituierten, Schutz und eigenständiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen, die der Zwangsprostitution entkommen, in allen EU-Staaten sowie Strafmaßnahmen gegenüber Menschenhändlern.

Beachtung der Intersektionalität

Wenn Frauen aus mehreren Gründen diskriminiert werden, handelt es sich um eine Mehrfachdiskriminierung. Wenn sie also neben der Diskriminierung wegen ihres Geschlechts auch wegen ihrer ethnischen Herkunft, Religion, Weltanschauung, Behinderung, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert werden. Intersektionalität umschreibt diesen Zusammenhang zwischen verschiedenen Diskriminierungsformen.

Die EU kennt viele Vorschriften, die ausdrücklich eine dieser Formen verbieten und Maßnahmen dagegen anzugehen. Hier fehlt es allerdings noch an dem Weitblick, die Zusammenhänge richtig zu reflektieren und diese auch zu bekämpfen und so Mehrfachdiskriminierungen direkt zu adressieren.

Die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie muss endlich angenommen werden, um ein einheitliches Schutzniveau gegen Diskriminierungen auf Grund von Geschlecht, Ethnizität, Religion oder Weltanschauung, sexueller Orientierung, Behinderung oder Alter auf EU-Ebene zu schaffen. Auch hier hat sich die deutsche Bundesregierung leider noch nicht für die Richtlinie ausgesprochen.

Ein Europa für alle: Wir sind eine Integrationsgesellschaft

Die SPD ist Europa- und internationalistische Partei und orientiert sich an ihren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das gilt für gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort ebenso wie für unser globales Handeln. Ob Außen, Handels- oder Agrarpolitik: Unser Handeln muss uns nutzen, darf aber nicht Ursache werden für Unsicherheit und Perspektivlosigkeit in anderen Regionen, oft mit der Folge steigender Migrationszahlen.

Migration ist kein neues Thema. Schon immer haben sich Menschen aus unterschiedlichsten Gründen auf den Weg gemacht, um neue Welten zu entdecken oder schlicht Arbeit und neue Lebensperspektiven zu finden. Deutschland hat wie andere europäische Staaten auch in der Vergangenheit Menschen aus vielen Ländern aufgenommen und trotz mancher Fehler meist eben auch integriert.

Wir stehen nach wie vor zu vielfältigen und offenen Gesellschaften. Zuwanderung war und ist neben allen Anstrengungen für Migranten und Aufnahmegesellschaft immer auch kultureller und wirtschaftlicher Gewinn. Doch Migration braucht gerade in Zeiten steigender Mobilität jenseits unserer globalen Verantwortung auch klare Regeln.

Arbeitsmigration: Nicht nur Deutschland ist immer wieder auch auf Zuwanderung angewiesen. Und das nicht nur für wenige akademische Berufe. Wir brauchen in Europa ein klares Einwanderungsrecht einschließlich des Zugangs zu Informationen bereits in Herkunftsländern über jeweils aktuelle Bedarfe. IT-, Bau- oder Pflegeberufe – zusätzlich benötigte Arbeitskräfte können auch aus afrikanischen Ländern kommen. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen sowie gegebenenfalls ergänzende Qualifizierungen sind wichtige Elemente der Arbeitsmigration. Umgekehrt müssen Herkunftsländer ihre Bürger, die bei uns keine ausreichende Beschäftigung finden, zügig wieder aufnehmen.

Asyl: Neben einer gerechten Handels-, Außen- und Entwicklungspolitik brauchen wir eine Sicherheitspolitik, die wieder stärker ansetzt an Verständigung, Diplomatie, Konfliktvermeidung bzw. -beseitigung, Stärkung von Demokratie. Militärische Interventionen haben bisher nirgendwo Frieden und Demokratie gesichert.

Unabhängig hiervon stehen wir zu unseren humanen und internationalen Verpflichtungen.
Wir wollen Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, unterstützen. Das kann stärkere auch finanzielle Zusammenarbeit mit dem UNHCR sein zur Unterstützung von Menschen in Drittstaaten.

Es bedeutet aber auch die Aufnahme und Integration von Menschen bei uns. EU und Mitgliedstaaten müssen ihre Kapazitäten zur Bearbeitung von Asylanträgen stärken. Asylrecht, also Schutz von Menschen, ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Dies kann nicht allein auf diejenigen Staaten mit einer Außengrenze verlagert werden. Deshalb sind bei der Reform der sogenannten Dublin-Verordnung Regeln zur Verteilung ankommender Menschen (relocation) – wie auch vom Europäischen Parlament gefordert – unverzichtbar. Um das Sterben auf der Flucht zu beenden, brauchen wir ergänzend stärkere legale Einreisemöglichkeiten wie humanitäre Visa oder Resettlement (direkte Aufnahme z.B. aus Lagern des UNHCR). Für die Integration sind Sprachkenntnisse unverzichtbar. Dazu braucht es Zugang zu Bildung und Ausbildung. Wer eine Ausbildung begonnen hat muss diese unabhängig vom Aufenthaltsstatus beenden können, einschließlich zwei Jahren Berufspraxis.

SAVE THE DATE:

EUROPAWAHL
26. Mai 2019

NRW SPD

V.I.S.D.P. UND KONTAKT:
SPD-Landesverband NRW | Generalsekretärin Nadja Lüders |
Kavalleriestr. 16 | 40213 Düsseldorf
Telefon: +49 (0) 211 - 136 22 0
Web: www.nrwspd.de
Facebook: www.facebook.com/nrwspd
Twitter: www.twitter.com/nrwspd

Layout: www.nach-druck.de **Bilder:** colourbox.de